

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 16/4970 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 25. Juni 2005 zur Änderung
des Partnerschaftsabkommens vom 23. Juni 2000
zwischen den Mitgliedern
der Gruppe der Staaten in Afrika,
im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits
und der Europäischen Gemeinschaft
und ihren Mitgliedstaaten andererseits
(AKP-EG-Partnerschaftsabkommen)**

A. Problem

Anpassung des Partnerschaftsabkommens zwischen den Mitgliedern der Gruppe der AKP-Staaten und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft an die geänderten entwicklungspolitischen Belange.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4970 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Hellmut Königshaus, Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf **Drucksache 16/4970** in seiner 100. Sitzung am 24. Mai 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Entwurf eines Gesetzes zum Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der AKP-Staaten und den Mitgliedstaaten der EG und zum Internen Abkommen zu den Finanzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 43. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 39. Sitzung am 13. Juni 2007, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** in seiner 37. Sitzung am 12. Juni 2007 und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 35. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/4970 in seiner 39. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, ein Vertrag, der auf 20 Jahre ausgelegt sei, bedürfe der Wandlung, um Entwicklungen und Entwicklungsstrategien berücksichtigen zu können. Die vorliegenden Änderungen seien sowohl in der politischen Dimension wie hinsichtlich der Finanzierungsseite zu begrüßen. Allerdings sei im Hinblick auf letzteres eine bessere Kontrolle seitens des Europäischen Parlaments wünschenswert. Es sei erfreulich, dass die Bundesregierung sich bei der Strategieplanung habe durchsetzen können. Damit könnten die eigenen entwicklungspolitischen Belange besser untergebracht werden. Sie werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** legte dar, sie werde dem Gesetzentwurf ebenfalls zustimmen. Dies entbinde aber nicht von künftigen Diskussionen über das EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten im Hinblick auf Themen wie Agrarwirtschaft und Zucker.

Die **Fraktion der FDP** betonte, ihre Position zum Europäischen Entwicklungsfonds, insbesondere hinsichtlich der Verankerung im EU-Haushalt, sei hinreichend bekannt. Sie werde deshalb dem Internen Abkommen zu den Finanzen nicht zustimmen. Da das Abkommen zur Änderung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens gewisse Fortschritte beinhalte, werde sie sich diesbezüglich enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** machte deutlich, sie werde dem Internen Abkommen zu den Finanzen zustimmen. Ungeachtet dessen werde aber kritisch gesehen, dass der Europäische Entwicklungsfonds mit in die Verhandlungen zu den regionalen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen einbezogen werde. Dem Abkommen zur Änderung des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens werde sie vor allem deshalb nicht zustimmen, weil das Thema Terrorismusbekämpfung aufgenommen worden sei. Es bestehe die Befürchtung, dass mehr Mittel aus dem Entwicklungsfonds für Strategien der Terrorismusbekämpfung verwendet werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, ihre Fraktion stimme den Veränderungen und Ergänzungen der Vertragsbasis zwischen der EU und den AKP-Staaten in seiner Gesamtheit zu.

Die **Fraktion DIE LINKE.** beantragte die gesonderte Abstimmung des Artikels 1 Abs. 1 Buchstabe a und b.

Dabei ergab sich folgendes Ergebnis:

Zu Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Zu Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe b

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Der federführende Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE., den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4970 anzunehmen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Anette Hübinger
Berichterstatlerin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatlerin

Ute Koczy
Berichterstatlerin

